

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Ercheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Vierteljahr 80.00 M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage Daus und Verd.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 81.50 M.
Telegramm-Adresse: Zeitung.
Anspracher Nr. 27.



Anzeigen

werden die sechsgehaltene 8 mm hohe (Recht)-Zeile oder deren Raum mit 2.50 M. berechnet; auswärts 3.00 M. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 4.— M. Verbindlichkeit für Platz-, Datenverpflichtung und Befreiung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.

Annahmehgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 50 Pf. Zeitungsbefragungen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Spangenberg • Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 103.

Dienstag, den 5. September 1922.

15. Jahrgang.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 5. September 1922.

*** Die 20-Mark-Busse auf der Eisenbahn.**
Für Vergehen auf der Eisenbahn (Rauchen im Nichtverbotenen, Vorseigen und Verlassen eines im Fahren befindlichen Zuges, vorzeitiges Öffnen von Abteilen, Aufenthalt auf unverschlossenen Plattformen, Stufen usw.) während der Fahrt, unerlaubte Benutzung einer höheren Wagenklasse als die, für welche die gelöste Karte gilt) bestraft werden muß, soll auf 50 Mark erhöht werden.

*** Die Invalidenmarken werden abermals erhöht.** Es kostet ab 1. Oktober nunmehr die höchste Marke 52 Mark pro Woche und gibt in Zukunft 13 Markklassen.

*** Die Entfernungsgrenze für Schülerkarten.**
Mittels wird mitgeteilt, daß die in Ausnahmefällen zugelassene 10prozentige Ueberschreitung der Entfernungsgrenze von 100 Kilometern für die Ausgabe von Schülerkarten für den Schülerverkehr an sich zwar genügt, daß sie aber dem tatsächlichen Bedürfnisse der Studierenden noch nicht hinreichend Rechnung trägt. Deshalb ist die Entfernungsgrenze für Schülerverkehrskarten in Anlehnung an die Bestimmung über die Ausgabe von Arbeiterfahrkarten nunmehr allgemein auf 150 Kilometer festgesetzt.

*** Seid höflich!** Auf Reisen hat der Reichsverkehrsminister selbst eingehende und solche Auskünfte von seinen Angestellten erhalten. Er hat deshalb die Reichsverkehrsministerien von neuem ersucht, darauf hinzuwirken, daß für richtige und höfliche Unterbringung von Reisenden an allen Stellen mit besonderem Nachdruck gefordert wird. Im Verkehr mit den Reisenden sollen nur solche Beamte verwendet werden, die mit dem Fahrplan der näheren Umgebung ihres Dienstortes und des engeren Verkehrsbezugs durchaus vertraut sind. Sie müssen auch in der Lage sein, bei weitergehenden Anfragen an der Hand geeigneter Hilfsmittel die gewünschte Auskunft richtig zu erteilen. Wenn die Auskunft nicht möglich ist, soll der

Reisende an die Stelle verwiesen werden, wo sie einzuholen ist. Alle Beamten haben sich im Verkehr mit den Reisenden eines höflichen Tones zu bedienen, der den allgemein üblichen Umgangsformen entspricht. Vor allem soll jede Verschämtheit und Verehrlichkeit vermieden werden, gleichviel, von wem die Beamten gefragt werden oder aus welchem Grunde sie mit den Reisenden zu sprechen haben. Ein verbindlicher Ton vermeidet im mündlichen Verkehr überhaupt erregte Auseinandersetzungen.

*** Unglaubliche Preiserhöhung für Briefumschläge.** Der Verband deutscher Briefumschlagfabrikanten erhöht mit Wirkung vom 26. August ab den Preis für sämtliche Briefumschläge um 200 Prozent, das bedeutet, daß in Zukunft 1000 Stück von den billigsten Briefumschlägen nicht unter 1200—1300 Mark geliefert werden können.

*** Eine Warnung.** Von zuständiger Stelle wird der „H. Z.“ geschrieben: In letzter Zeit mehren sich in auffälliger Weise die Anzeigen in den Zeitungen, nach denen Arbeitskräfte für das Ausland gegen freie Ueberfahrt angeboten werden. So enthalten unlängst verschiedene Tageszeitungen ein Inserat, nach dem für einen Plantagenbetrieb auf Java unter unerhältnismäßig günstigen Bedingungen Stellen angeboten wurden. Die Bewerber sollten ihre internationalen gekennzelten Antwortscheine beifügen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich bei derartigen Inseraten um groben Schwindel handelt und daß es nur auf die Einlenbung der ausbeutenden internationalen Antwortscheine, die einen Wert von 250 Mark darstellen, abgesehen ist. Es kann daher nur davor gewarnt werden, auf derartige Angebote einzugehen, jedenfalls ist es ratsam, zuvor an zuständiger Stelle Erkundigungen einzuziehen.

Aus Nah und Fern

Cassel. Seit Sonntag wird ein 10jähriger Junge vermißt, der von seinen Eltern nach einem Geschäft geschickt worden war, um dort eine Beforgung zu machen.

hause, dem man diesen Auffach als Bürtchenabzug zugänglich gemacht, eine nicht unbedenkliche Entschädigungssumme bezogen hatte, da dieser redliche Gewinn zwischen den beiden Hauptmitarbeitern des Blattes redlich geteilt worden war und Saga also zur Zeit wieder einmal über genügende Mittel verfügte, so schrieb er an den Wiener Hotelier.

Er entschuldigte sich, so gut es eben gehen wollte, dankte dem Wirt in höflichster Weise für den ihm bewilligten langen Kredit und hat ihn, den Betrag seiner Schuld mit Einrechnung der Zinsen durch die Post, oder wie es ihm sonst beliebt, wurde dem Baron eine Quittung des Wirtes präsentiert. Saga zahlte auf Heller und Pfennig. Darauf erstreckt er dann, wiederum noch Berlau von einigen weiteren Tagen, zwei Koffer, in denen die sämtlichen von ihm und Rosen bei ihrer plötzlichen Abreise zurückgelassenen Effekten: Kleider, Wäsche und sonstige Gegenstände, noch verpackt waren. Saga hatte kaum noch daran gedacht.

Er log Bertha irgend etwas vor, um den Ursprung jener Sachen, die Rosen gehört hatten, ungefähr zu erklären, und stellte ihr anheim, daraus das ihr etwa noch brauchbar und geeignet erscheinende auszuwählen und zu behalten, das übrige aber an den Fiedler zu verkaufen. Die Aufzählung erfüllte Bertha mit einer gewissen Geringschätzung für die frühere, ihr unbekannte Besitzerin: nur einige wenige Kleinigkeiten achtete sie der Anlehnung für würdig.

„Sehen Sie sich bloß den Plunder an!“ sagte sie, während sie ihren Freund vor die auf Stühlen und Füßen ausgebreiteten Kleidungsstücke führte: „der ganze Kram ist nicht die Bracht wert, die Sie dafür bezahlt haben.“

Da fiel der Blick des Barons auf einen schadhaften Wintermantel mit reharbenen Rüschausschlagen, und er machte nun eine auffällige Bewegung der Ueberlegung.

„Das hatte ich ja ganz vergessen!“ rief er. „Du irrst dich, der Mantel da ist kostbarer als glaubst! Sieh dir einmal das Futter an!“

Er kehrte nicht wieder zurück und ist auch in dem betreffenden Geschäft nicht gewesen. Dagegen haben Kinder ausgesagt, daß sie ihn am Nachmittag mit einem fremden etwa 30—35 Jahre alten Manne in der Wilhelmshöhe Allee gesehen haben. Die Verfolgung der Angelegenheit liegt jetzt bei der Kriminalpolizei.

Die Schusspolizei nahm am Sonntag nachmittag zwei junge Burschen im Alter von 18—20 Jahren fest. Beide hatten Bleihöhre, Altsisen, Betten und einen Apparat zur Herstellung von Limonade gestohlen und weiter verkauft.

Weida. Von Felddieben wurde hier der Felshüter Grünwald nachts über zugerichtet. In der Dunkelheit nicht zu erkennende Männer fielen über ihn her, schlugen mit Knüppeln usw. auf ihn ein und verletzten ihn schwer. Der längere Zeit berufstätige liegende Mann schleppte sich dann nach Jhorta, von wo er mittels Fuhrwerks zurückgebracht wurde.

Giesleben. In der Ermlebener Feldflur an der Bahnslebener Straße, hatte nachts ein Schutzpolizeibeamter einen Einwohner beim Felddiebstahl festgestellt. Nach der Aufforderung, zwecks Feststellung der Personallisten mitzukommen, entwickelte sich ein Handgemenge, bei dem der Beamte vier Messerstücke und einen heftigen Schlag mit einem schweren Stock erhielt: sein Gegner trug gleichfalls verschiedene Verletzungen davon.

Backmehl, Kleie, Gries, Schrot

geminnen Sie, wenn Sie in Ihrem Betriebe eine AMBI-Schrot- und Backmehl-Mühle verwenden. AMBI-Mühlen sind weltbekannt. Fordern Sie von Ihrem Geschäftsfreund, bei dem Sie gemohnt sind, Ihre Landmaschinen zu kaufen, ausdrücklich die Marke „AMBI“. Auch AMBI-Großmehlmäher, AMBI-Grasmäher AMBI-Großreidreiner, AMBI-Strohpressen, AMBI-Separatoren, AMBI-Radhacken, AMBI-Frucht- u. Rübenpressen sind bekannte erfindungsmäßig AMBI-Werte Abt. II/1. 52 Merseburg. Vertreter J. G. Herbold, Spangenberg

„Das Futter meine ich wohl! Ich meine Kerbengeneres. In dem Mantel da ist bares Geld eingesteckt. Ich habe es dem früheren Besitzer sogar zeigen lassen, da sie den Mantel auf meine Veranlassung in Wien zurückgelassen hatte. Also erweise die Rädle recht vorichtig auf; wenn man mich nicht belogen hat, werden wir in diesem unscheinbaren Mantel etwas Ueberraschendes finden.“

Bertha lächelte misstrauisch. Sie holte indessen eine Schere, nahm den Mantel, setzte sich und begann die untere Kappe zu lösen. Der Baron stand neugierig hinter ihr.

„Es kann doch etwas Wahres an der Sache sein“, bemerkte sie nach aufrichtiger Betrachtung. „Da oben ist Maschinenmehl, und dies ist mit der Hand gemacht.“ Sie hatte jetzt ein genügender Blick aufgefunden und erleuchtete sich nun die Arbeit, indem sie Stoff und Futter mit einem freistehenden Gerüst auseinanderriß.

Was war das?
Was sie nun sah, machte sie sprachlos vor Staunen, berührte sie keine...
Sie entrißte sich, schloß den Mund und schloß sich an den Rücken des Stuhls. Der Mantel glitt von ihren Knien auf den Boden.

„Was ist dir denn?“ fragte Saga überaus schief.
„Am Gottesmilch!“ rief Bertha entsetzt aus. „Was kommt das her?“

„Was denn?“
„Das da!“

Sie raffte den Mantel an, eroberte ihn wieder auf, riß vor Aufregung bebend die Seitenstücke auf und zeigte nun auf die am Innern des Futteres mit losen Stichen befestigte Spitze.

„Das da!“ wiederholte sie in unheimlichem Tone. „Das da! Wissen Sie, was das ist? Das ist die gestohlene berühmte Spitze! Die Spitze, die der Grafen Hensch damals gestohlen worden ist!... Am Gottesmilch, wie kommt die dahin? Und wie konnten Sie dazu?“

Und Saga war von dieser unerwarteten Enthüllung ganz verblüfft.

(Fortsetzung folgt.)

Spigen.

Roman von Paul Lindau.

Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag, Wien W 66.

Der Häk erkannte auch sofort, daß hier eine Erpressung im größten Stile geplant war und ins Werk gesetzt werden sollte. Er wäre ohne Zweifel selbst zu den erheblichsten Geldopfern bereit gewesen, wenn sich die Sache damit hätte tomanen lassen. Aber er mußte sich sagen, daß hier eine Straube ohne Ende angelegt wurde; vor allem aber war es ihm unangenehm, sich in ein unerträgliches Verhältnis der Abhängigkeit von dieser Person und deren Willkür zu begeben. Unterhandeln ließ sich mit dieser Gesellschaft nicht. Er konnte es auch nicht wagen, sich irgend jemand anzuvertrauen, denn in diesem Falle hätte er Dinge berühren müssen, die nicht sein Geheimnis waren. In seiner Notlosigkeit kam er zu keinem anderen Ergebnis, als daß er tatlos zu bleiben und das Weitere abzuwarten habe.

XX.

Saga hatte sich inzwischen auf das, was er den „großen Coup“ nannte, gerichtet. Er hatte die Möglichkeit vorausgesehen, daß sich in nächster Zeit um seinen Namen ein großer Tumult erheben werde, und er kam somit darauf bedacht gewesen, alle kleinen Umstände hinsichtlich seines Patens, die bei diesem Anlaß vonnöten sein könnten, möglichst in seinem eigenen Namen zu registrieren, um sich in diesem Falle nicht als ein langweiliger Nebenbuhler zu zeigen, sondern als ein langweiliger Hauptdarsteller. Diese waren indessen doch so unregelmäßig: diese waren indessen doch so unregelmäßig, daß man ihm deswegen nichts Besonderes anhaben konnte.

Nachdem er den geprellten Wiener Geschäftsfreund beschuldigt hatte, war nun noch ein dunkler Punkt auszumachen, — eine Geringschätzung, die unbezahlte Fortsetzung in Wien. Die paar hundert Gulden drückten ihm. Und da sein Vorgesetzter am „Rechtsaal“ neuerdings ein unerwartet gutes Geschäft gemacht und für die Abwehrpflichtung eines Missfaches über die mehr als zweifelhafte Wandel eines lichtscheuen Bank-

Oberschlesien bleibt preussisch.

Mit einer erdrückenden Mehrheit hat sich die ober-schlesische Bevölkerung bei der Autonomie-Abstimmung am 3. September für ein Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen entschieden und nur eine kleine Minder-heit hat sich für die Bildung eines selbständigen oberschlesischen Staates im Reich ausgesprochen. Ein anderes Ergebnis war ja auch nicht zu erwarten, nach- dem sich sämtliche Parteien für die preussische Lö- sung erklärt hatten. Trotzdem wird der Anfall der Abstimmung im ganzen deutschen Volk mit großer Freude begrüßt, weil er sich als ein neues überwäl- tigendes Bekenntnis der ober-schlesischen Bevölkerung zum Deutschen darstellt.

Das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen ist zweifellos die beste Lösung der Autonomiefrage. Ober- schlesien bedarf in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung in so engem Zusammenhang mit Preu- ßen, daß die Bildung eines selbständigen oberschlesischen Staates im Reich auf größte Schwierigkeiten gestoßen wäre. Ja, man kann mit vollem Recht sagen, daß ein wirtschaftlich selbständiges Oberschlesien ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre. Oberschlesien ver- dankt seine ganze industrielle Entwicklung dem preussischen Staat, der der ober-schlesischen Industrie bis auf den heutigen Tag alle nur erdenkliche För- derung von Staatswegen zuteil werden ließ. Im Falle einer Trennung Oberschlesiens von Preußen hätte die ober-schlesische Industrie sowie Oberschlesiens Handel und Gewerbe naturgemäß nicht mehr das Inter- esse der Preußen gefunden, wie vormals. Auch das oberschlesische Gewerkschaftswesen, das zurzeit in Dres- den zentralisiert ist, hätte sich niemals auf die Dauer selbständig erhalten können. Außerdem müßten sich die Oberschlesier sagen, daß ein autonomer Staat Ober- schlesien sich auch finanziell nicht halten konnte. Die Kosten für eine eigene Volkserziehung, Regierung und Verwaltung hätten die Steuerkraft der Wohn- ner unerschöpflich überbessamt, während bis jetzt und nach der Abstimmung auch in Zukunft der preussische Staat Zuschüsse leisten kann, die das Reich nicht zu gewähren vermöchte. Ferner sagte sich die ober-schlesische Arbeiterklasse mit Recht, daß die Arbeiter- schutzgebung nur mit Hilfe der Erfahrungen und der Mittel, die dem preussischen Staat zur Verfügung stehen, durch- und fortgeführt werden kann.

Alle diese Gründe haben die ober-schlesische Bevöl- kerung bewogen, an dem bisherigen Zustand nichts ändern. Hinzu kam noch das wichtige Moment, daß in kulturpolitischer Hinsicht keinerlei Streitgegenstand mehr vorhanden war. Der durch die Genfer deutsch-polni- schen Verhandlungen geregelte Minderrechtsschutz be- handelt diese Fragen so erschöpfend, daß für die Polen in Deutsch-Oberschlesien nichts mehr zu wünschen übrig bleibt. Die preussische Personalpolitik in Oberschle- sien und die für die weitere Durchführung dieser Personalpolitik in dem Gesetz betr. die erweiterte Pro- vincialautonomie Oberschlesiens gegebenen Bürgschaften sind von der ober-schlesischen katholischen Volkspartei als ausreichend angesehen. So gab es in Ober- schlesien einen Gegenstand des Streites eigentlich nicht mehr.

Schließlich war ein Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen die beste Gewähr für eine feste und sichere Verbindung Oberschlesiens mit dem Reich, denn durch die Zugehörigkeit zu einem größeren Staat ist seine Sicherheit viel besser gewährleistet, als wenn ein klei- nerer Splitterstaat, der Oberschlesien nach der großen Verfallung infolge der ersten Abstimmung nur nach sein könnte, in einer politisch und national so gefährdeten Lage entstanden wäre. Die preussische Staatsregierung wird über alle Maßnahmen treffen, um dem schwergeprüften und geschwächten Lande die Ruhe zu bringen, auf die es nach den bitteren Er- fahrungen der letzten Jahre vollen Anspruch hat.

Die oberschlesische Abstimmung

Über 90 Prozent für ein Verbleiben Ober- schlesiens bei Preußen.

Am Sonntag, den 3. September, fand in dem bei Deutschland verbleibenden Teil Oberschlesiens die Volks- abstimmung darüber statt, ob Oberschlesien künftig preussische Provinz bleiben oder ein selbständiges Gliedstaat im Rahmen des Deutschen Reiches werden soll. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen stellt die Abstimmung ein überwältigendes Vertrauensvotum für Preußen dar. In den Städten war die Betei- ligung reger, auf dem Lande etwas schwächer.

Insgesamt waren abstimmungsbehaftet 765 322 Personen, von ihnen stimmten 513 760 für Preußen und 59 228 für die Autonomie, das ist eine Gesamt- beteiligung von 73,8 Prozent. Die Ergebnisse von ein- zelnen Landkreisen suchen wir nach:

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der Ab- stimmung wurden abgegeben:

	für Preußen:	für Autonomie:
Beuthen	21 436	1 063
Wrocław	29 231	2 129
Beise	14 312	145
Oppeln	15 288	945
Waldau	16 270	874

Aus den Landkreisen im un- amtlich folgende Pro- zentfrage für Preußen gemeldet: Beuthen 71 Prozent, Zar- nowitz 81, Kofel 55, Haldensberg 82 (4 Kreise liegen noch aus), Tost-Gleibitz 65, Goculau 81 (2 kreisergebnisse- losen), Hindenburg 85 (1 Kreis fehlt), Arensburg 96, Beobollitz 92 (1 Kreis fehlt), Wittenau 73, Weide 63 (3 Kreise fehlen), Beuthen 63, Oppeln 61 (1 Kreis fehlt), Haldensberg 60, Haldensberg 75 und Groß-Strehlitz 76 Prozent.

Die Abstimmung selbst verlief, abgesehen von einem Zwischenfall in Sosznitz, Kreis Hindenburg, im allgemeinen ruhig. In Sosznitz hatten sich meh- rere Stimmberedigte, die nicht in die Liste eingetragen waren, dem Wahlvorstand entgegen, nahmen ihm die Wahlzettel fort und versuchten sie, so daß die Wahl nicht ausgeführt werden konnte.

Der Paul der Einbürgerung.

Die preussische Staatsregierung hat an den Ober- prääsidenten in Oppeln folgendes Telegramm gerichtet:

„Wir in der Mehrheit hat sich die ober-schle- sische Bevölkerung am 3. September für das Verblei- ben beim preussischen Staat ausgesprochen. Die preu- sische Staatsregierung dankt den Oberschleslern auf das wärmste für diesen Beweis der Treue. Sie wird ihren Stolz darin erblicken, in harmonischer Zusammenarbeit mit der Bevölkerung das Land zu neuer Blüte empor zu führen.“

Ministerpräsident Braun.“

Poincarés „Niemand!“

„Keine Herabsetzung der Reparationen ohne Nachlass der Kriegsschulden.“

Die in der Entscheidung der Reparationskom- mission erwähnte „etwaige Herabsetzung der deutschen Schuld“ ist den französischen Chanceministern wie ein Schreden in die Glieder gefahren. Einer ihrer Wort- führer, der durch seine Reden gegen Deutschland seitdem bekannte frühere Finanzminister Klotz, hat sofort namens der Finanzkommission an Poincaré die Frage gerichtet, wie diese Herabsetzung der Re- parationskommission aufzufassen sei, insbesondere ob etwa die beabsichtigte Reduzierung der deutschen Schulden die französische Forderung berühren könnte.

Poincaré hat Klotz beruhigt und ihm auf seinen Brief mitgeteilt, daß er sich sofort, nachdem er diesen Satz erfahren habe, an die französische Dele- gation gewandt und sie auf die Unzulässigkeit dieser irdischen Auffassung aufmerksam gemacht habe. Dubois habe ihm die Versicherung gegeben, daß er niemals eine mögliche Reduzierung der äußeren Lasten Deutschlands ins Auge gefaßt hatte, besonders keine solche auf Kosten der Rechte Frank- reichs. Was die Regierung anlangt, so würde sie niemals einer Reduzierung der Forderung an Deutschland zustimmen und sie würde eine eventuelle Reduzierung der äußeren Schulden des Reiches nur innerhalb einer allgemeinen Regelung zulassen, bei der alle interalliierten Schulden geregelt werden.

Mit dieser Erklärung dürfte Poincaré die auf- geschreckten Gemüter in der französischen Kammer zwei- fellos wieder beruhigt haben.

Kommunistenrawall in Berlin.

Jugendliche Demonstranten gegen die Polizei. — „Wu- tige Ende eines „Internationalen Jugendtages“.

In Berlin-Charlottenburg demonstrierten etwa 1000 kommunistische Jugendliche, die an einem „Internationalen Jugendtag“ in der Umgebung Ber- lins teilgenommen hatten, indem sie durch die be- liebten Straßen zogen und dadurch den starken Ver- kehr erheblich störten. Die polizeiliche Anord- nung, die Straßenabwachen durchzulassen, fand bei den Demonstranten keine Gegenliebe. Im Gegenteil verjagte ein 16jähriger Jugendlicher, einen Straßenabwachen und ein anderes Fahrzeug ge- waltsam zum Halten zu bringen. Als die Polizei den jungen Burken verhaftete, nahmen die Demonstranten eine drohende Haltung gegen die Polizei ein. Sie versuchten, den Verhafteten zu be- freien. Die Beamten waren genötigt, ihre Schutz- waffe zu ziehen und sie den Angreifern ent- gegenzuhalten. So gelang es, mit dem Festgenom- menen in das Gebäude des Polizeipräsidiums zu kommen.

Als sich die Türen des Präsidiums hinter den Polizeibeamten schlossen, versuchten die Kommunisten, das Haus zu stürmen. Es waren aber inzwischen Mannschaften der Volkspolizei zur Stelle, die sich den Stürmenden entgegenstellten. Die Beamten waren mit Karabinern ausgerüstet. Sie wurden von den unruhestiften jungen Burken derart bedrängt, daß sie schließlich von der Schutzwaffe Gebrauch ma- chen mußten. Zuerst wurden Schreckschüsse abgegeben, und als diese nicht fruchteten, erfolgte eine Salbe gegen die Andringenden. Zwei Per- sonen und drei Polizisten sind bei den Zu- sammenstößen verletzt worden.

Politische Rundschau.

— Berlin, 5. September 1922.

— Der bekannte Oberpostdirektor v. Dreyer ist nach langem Krankenlager im Alter von 79 Jahren gestorben.

— Aufgeklärt der bevorstehenden Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien sind zwischen dem mehrheitssozialisti- schen Organ „Vorwärts“ und dem Zentralorgan der U. S. P., der „Weltliche“, Verhandlungen über die Herausgabe eines gemeinsamen Blattes eingeleitet worden.

— Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat gegen das Verbot ihres Erscheinens beim Staatsgerichtshof in Weizsäc- ein Protest erhoben.

— Der Reichsbudgetausschuß, der von der Re- gierung auf Grund des Unmischgesetzes berufen worden ist, hat sich konstituiert und ist sofort in die Beschäftigung über einzelne Grundgeden eingetreten.

— Die politischen Parteien des Saarlandes fordern in einer Note an den Ministerpräsidenten der Weimarer des deutschen „Vertrauensmannes“ bei der Regierung in Dr. Dietrich, den sie die Fälligkeit einer Entscheidung nachsuchen.

— Die seit 1. Juli 1921 als Sachverwalter für das meißelische Bildungswesen im bayerischen Kultusministerium tätige geprüfte Lehrerin Marie Krefus, u. Gehaltete Mitglied des bayrischen Landtags, wurde zum eintägigen Regie- rungsrat ebenfalls ernannt.

— Der Oberminister von Danzig, General Ostka, hat dem Völkerrundrat Annulierung der ungetreuten der freien Stadt Danzig bei ihrer Gründung von der Entente abgelehnt 20 Milliarden Schulden vorzuschlagen.

— Der Reichspräsident gegen Feindmännern. Bei der Gründung der Niederdeutschen Woche in Bremen hielt der Reichspräsident Oberst eine Ansprache, in dem er sich vor allem gegen den Feindmännern wandte. Der Reichspräsident führte u. a. aus:

„Gerade in dieser trüben Gegenwart, in der un- ser armes Volk so schwer wie nie sich unter Äußerem Drucke an der Entfaltung seiner freien Kräfte gehindert sieht, ist es nötig, aus der Vernunftzeitung mit der Heimat, aus der Ge- heimnis ihrer Kräfte und deren Zusammengehörigkeit mit dem großen Vaterland das Vertrauen auf die Zu- kunft zu schöpfen, das mühen und lächelnden Feindmännern

kann und uns stärkt für den harten Weg, den wir noch zu gehen haben. Sanftmütiger Geist und niederträchtige Habgier haben, wie ihre Geschichte zeigt, auch in den schmerz- lichen Tagen aus den Kräften der Heimat aus der Opferberei- tigkeit für sie stets Wille und Kraft zum Schaffen und zu neuem Wege gefunden.“

Der Reichspräsident gab dann seiner Freude dar- über Ausdruck, aus den Worten seiner Rede ent- nommen zu haben, daß dieser starke Geist auch heute nicht verzagt ist, sondern fest und unerschütterter weiter lebt und dem Kampf mit allen wirt- schaftlichen und politischen Sorgen der Zeit wider- ständlich Trotz bietet. Mit dieser Entschlossenheit werde Bremen auch der großen Schwierigkeiten Herr werden, die fremder Machtpruch unserer überreichen Arbeit be- zehet hat; Bremen könne dabei auf verständnisvolle Förderung des Reiches rechnen.

Die päpstliche Friedensaktion 1917. Der Inhalt Unter- auschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages ist nach Prüfung des aus dem Auswärtigen Amt und dem Reichsarchiv vorgelegten Aktenmaterials sowie auf Grund der ein- zelnen Vernehmungen zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Friedensangebot Englands im Sommer 1917 nicht vorlag, ebensowenig könne in Anbetracht der wirt- schaftlichen Schwierigkeiten und der immerhin fraglichen Selbstständigkeit der belgischen Seite von einer starken Friedenswahrnehmung gesprochen werden. Eine ernste, von Seiten der deutschen Regierung ge- wissenhaft zu prüfende Friedensmöglichkeit sei bei

Beginn der päpstlichen Friedensaktion vorhanden ge- wesen. Die Ereignisse der Monate Juli und August in Deutschland und Österreich-Ungarn hätten die an- scheinlich sehr starke Friedensbereitschaft der belgi- schen Seite erhöht. Die deutsche Regierung habe in der formellen Behandlung der päpstlichen Schenkungsaktion Fehler begangen. Auf Grund der vorlie- genden Aussagen und Dokumente könne es als wahr- scheinlich bezeichnet werden, daß England und Frankreich jedenfalls Ende August 1917 ein Ein- gehen auf die päpstliche Friedensvermittlung mit Nicht- achtung auf die gesamte Kriegslage nicht als in ihrem Interesse liegend betrachteten. Die Frage, ob die päpstliche Friedensaktion allein durch die Verzögerung der von der Kurie gemachten deutschen Erklärung über die Freigabe Belgiens vereitelt worden ist, glaubt der Untersuchungsausschuß auf Grund der vorliegenden Akten und Zeugenaussagen nicht be- wahren zu können.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen über die deutschen Garantien für die sechsmonatigen Schen- kungswesen, die Deutschland nach der Entscheidung der Reparationskommission anstelle von Barleistungen aus- stellen soll, werden voraussichtlich am Mittwoch in Berlin beginnen. Von deutscher Seite nehmen Staats- sekretär Schröder sowie der ehemalige Staatssekretär Bergmann an den Beratungen teil, während als belgi- sche Unterhändler Delacroy und Bemelmans nach Berlin kommen. Ueber die Dauer der Verhandlungen läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Der englische Delegierte in der Reparationskommission Sir John Bradbury glaubt allerdings, auf Grund seiner letzten Verhandlungen mit der Reichsregierung versichern zu können, daß die belgisch-deutschen Verhandlungen in Berlin sehr schnell eine Lösung zeitigen werden, die für die Regierungen in Brüssel und Berlin gleich befriedigend sein werden. Ohne den weitgehenden Op- timismus der Engländer ohne weiteres zu teilen, darf man doch schon so viel sagen, daß die Persönlich- keiten der belgischen Unterhändler einiges Vertrauen auf eine vernünftige Behandlung der Garantiefrage zwecken.

Die Festsetzung der ober-schlesischen Grenze. Poli- tische Blätter verbreiten die Behauptung des „Mar- tin“, wonach die Grenzfestsetzungskommission die poli- tischen Grenzberichtigungsanträge in ihrer überwiegenden Mehrheit begünstigt habe. Diese Behauptung des französischen Blattes entbehrt, ganz abgesehen von ihrer tendenziösen Absicht, schon deshalb jeder Grund- lage, weil seitens der Grenzfestsetzungskommission zur- zue eine Grenzberichtigung stattgefunden und die offiziellen Vorschläge der deutschen und polnischen Delegation für die Regelung der Grenze erst im Oktober gemacht werden, voraus, die interalliierte Grenzkommission ihre Arbeit der Grenzfestsetzungskommission eine Note über- reicht werden, die den deutschen Standpunkt zu den poli- tischen Forderungen und zur Frage der Demarkations- linie festlegt und gibt. In den nächsten Tagen

Die deutsche Bedauern in Brüssel. Der deutsche Gesandte in Brüssel, Landeberg, hat der belgischen Regierung sein Bedauern über den Vorfall in Oberkassel ausgedrückt und gleichzeitig erklärt, daß die deutsche Regierung sich ihre Stellungnahme bis zum Vorliegen des Untersuchungsergebnisses vorbe- halten werde.

Keine Beschlagnahme deutscher Waren in Bel- gien. Eine Anzahl Bremer Baumwollspinnporture hat in der Befürchtung, daß die französische oder belgische Regierung bei der gegenwärtigen gespannten Situation in der Reparationsfrage ihre Waren be- schlagnahmen könnte, amerikanischen Bismarck mitge- teilt, sie würden künftig keinen Vertrag annehmen, in dem nicht die Beförderung der Ware durch fran- zösische oder belgische Schiffe ausgeschlossen werde. Auch der Verein der Bremer-Besitzer der Hamburger Börse hat unter Bekanntgabe dieses Bismarcks seinen Mitgliedern anbeigelegt, eine ähnliche Sicherungs- maßnahme durchzuführen. Der Präsident der Aus- werpener Handelskammer hat nun die belgische Regie- rung um eine Versicherung zu dieser Frage er- sucht. Die belgische Regierung habe am 3. September 1921 der deutschen Regierung ihren Verzicht auf das ihr nach dem Verfall der Verträge zuzuschende Recht der Beschlagnahme deutschen Eigentums mitgeteilt und halte an diesem Verzicht auch weiterhin fest.

Postkarten im Ortsverkehr kosten 3 Mark, im Fernverkehr 6 Mark.
Briefe im Ortsverkehr kosten bis 20 Gramm 4 Mark, bis 100 Gramm 6 Mark, bis 250 Gramm 10 Mark, im Fernverkehr bis 20 Gramm 10 Mark, bis 100 Gramm 12 Mark, bis 250 Gramm 14 Mark.
Drucksachen kosten bis 20 Gramm 2 Mark, bis 50 Gramm 3 Mark, bis 100 Gramm 6 Mark, bis 250 Gramm 10 Mark, bis 500 Gramm 12 Mark, bis 1000 Gramm 14 Mark.
Päckchen 16 Mark.
Auslandsbriefe bis 20 Gramm 20 Mark.
Zahlkarten kosten bis zu 100 Mark 3 Mark, bis zu 500 Mark 5 Mark, bis zu 1000 Mark 6 Mark, bis zu 2000 Mark 8 Mark, bis zu 5000 Mark 10 Mark, bis zu 20000 Mark 12 Mark.
Postanweisungen kosten bis 100 Mark 6 Mark, bis 250 Mark 8 Mark, bis 500 Mark 10 Mark, bis 1000 Mark 12 Mark, bis 1500 Mark 14 Mark, bis 2000 Mark 16 Mark.

Die Telegraphengebühren sollen betragen im Ortsverkehr das Wort 3 Mark, mindestens aber 30 Mark für ein Telegramm. Das Wort nach außerhalb 5 Mark, mindestens aber 50 Mark für ein Telegramm.
Bei den Fernsprechgebühren soll der Zuschlag, der bisher 160 Prozent betrug, auf 700 Prozent erhöht werden. Die Erhöhung der Fernsprechggebühren soll erst am 1. Januar 1923 in Kraft treten.
Der Verkehrsbeitrag wird nach Lage der Dinge wohl oder übel dieser Vorlage zustimmen müssen.

Schlussdienst.

Abstimmungs-Debatte in Genf.
— Genf, 4. September. Die Grundlage für die Erörterung der Abrüstungsfrage auf der dritten Sitzung des Völkerbundes wird der Antrag des englischen Delegierten Lord Robert Cecil bilden, dessen allgemeine Grundzüge für eine Abrüstung von

der Abrüstungskommission des Völkerbundes angenommen worden sind. Nach Cecil's Grundrissen kann ein Plan für die Herabsetzung der Rüstungen nur dann wirklichen Erfolg haben, wenn er allgemein ist. Heute könnten jedoch die meisten Regierungen die Verantwortung für die ernsteste Herabsetzung der Rüstungen nicht übernehmen, sofern sie nicht zum Ausgleich eine hinlängliche Gewähr für die Sicherheit ihres Landes erhalten. Eine solche Gewähr soll durch ein allgemeines Defensivabkommen aller beteiligten Länder geleistet werden, das diese verpflichten müsse, tatsächlich sofort einander Hilfe zu bringen, in dem Falle, daß eines von ihnen angegriffen werden sollte. In dem Falle, wo ein Land ganz besonders der Gefahr eines Angriffes ausgesetzt ist, sollen in diesem besonderen Maße Maßnahmen zu seinem Schutze getroffen werden.

Die Hamburger Ernährungs-Konferenz.
— Hamburg, 4. September. Die Konferenz der Ernährungsminister, in welcher alle Länder zunächst durch ihre Ernährungs- und Landwirtschaftsminister vertreten sind, wurde im Hamburger Rathaus eröffnet. Reichsminister Feiler eröffnete die allgemeine Aussprache, wobei in erster Linie die Frage der Getreide- bezw. der Brotversorgung besprochen wurde.

Die deutschen Kohlenlieferungen.
— Berlin, 4. September. Die Meldungen der Exportpresse, wonach Deutschland mit seinen Kohlenlieferungen an die Entente sehr stark im Rückstand geblieben sein soll, werden von unterrichteter Seite als weit übertrieben bezeichnet. Es handelt sich bei den Rückständen in Wirklichkeit nur um ganz geringe Mengen.

Die sozialistischen Einigungsverhandlungen.
— Berlin, 4. September. Die Parteivorstände der SPD. und USP. beraten seit heute über die beiden Entwürfe eines gemeinsamen Aktionsprogramms. Wie der „Vorwärts“ meldet, nahmen die ersten Besprechungen einen durchaus zufriedenstellenden Verlauf: die Kollisionspunkte des gemeinsamen Aktionsprogramms

nicht unmittelbar bevor. Dem vormaligen Einigungs-Parteitag soll empfohlen werden, eine Programmkommission einzusetzen, die sodann gemeinsam ein allgemeines Programm schaffen soll.

Untersuchungsausschuß für Deutschland?
— Paris, 4. September. Nach einer Sabotagedelegation aus London will der englische Völkerbunddelegierte Lord Robert Cecil der gegenwärtigen Völkerbundtagung einen Plan unterbreiten, in dem er die Ernennung einer fünfgliedrigen Untersuchungskommission verlangt, um die wirtschaftliche Lage von Deutschland zu studieren.

Die Kieler Herbstwoche.
— Kiel, 4. September. Anlässlich der 3. Kieler Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft ist Reichspräsident Ebert hier eingetroffen. In einer Ansprache an die Vertreter der Stadt rühmte der Reichspräsident die kulturelle Bedeutung der Herbstwoche und hoffte für die schwergeprüfte Stadt Kiel einen rasigen Wiederaufstieg.

Auflösung des Jungdeutschen Ordens in Preußen.
— Berlin, 4. September. Der preussische Minister des Innern hat den Jungdeutschen Orden mit allen seinen Unterverorganisationen aufgelöst, weil als nachgewiesen anzusehen sei, daß innerhalb des Ordens Bestrebungen verfolgt werden, die verfassungsmäßige festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben, und daß diese auch von den Mitgliedern bekämpft und beschimpft wird.

Gegen Bars und Litzkoben.
— Berlin, 4. September. Der preussische Minister des Innern hat die Behörden angewiesen, bei den Juden um neue Konfessionsurteile für Ehehindernisse die Bedarfsfrage zu verneinen und darüber hinaus auf eine Einschränkung der bestehenden Ehehindernisse hinzuwirken.

L. Pfeiffer
Bankgeschäft,
Agentur Spangenberg
Vertreten durch Herrn Apotheker M. Woelm.
Postcheckkonto: L. Pfeiffer, Cassel Nr. 2155 Frankfurt a. M.
Vermittlung aller bankmäßigen Geschäfte.
Scheckrechnungen
Zinssatz 3%
Depositen- (Spar-) Rechnungen
Zinssatz 3 bis 4% je nach Kündigung.

Herzlichsten Dank für Ihre wahrhaft glänzende Hilfe. Erfolg schon nach 7 Stunden. Ich bin so unendlich glücklich und Ihnen dankbar.

Frauen so und ähnlich lauten die mir fast täglich zuehenden Dankschreiben. Deshalb wenden Sie sich bei Regelstörungen sofort und zuerst an

L. Beer, Hamburg 5
Postfach
Geld und Enttäuschung bleiben Ihnen dann erspart. Testen Sie nur genau mit wie lange Sie klagen.

Salz in Säcken, billig
Richard Mohr.

Geschlechtsleiden!
Harnröhrenleiden, Syphilis, Manneschwäche, Weisfluß, etc. kein Quecksilber, keine Einprikung, keine Verunsicherung. Ausführende Vorstände mit tausenden freimütigen Dankschreiben kostenlos in verschloß. Kuvert gegen 6 Mark auch in Marken für Doppel-Briefporto.
Dr. med. H. Zeemann G. m. b. H.
Sommerfeld 262 Bez. Frankfurt a. D.
Spezialärztliche Leitung.

Persönliche Untersuchung, Beratung u. Behandlung nur i. d. Sprechst. d. Dr. Damann'schen Heilanstalt: Berlin, Potsdamerstr. 123 B., 9-12, 4-7, Sonnt. 10-12. Breslau, Gräblichenerstr. 41, 9-11, 3-6, Sonnt. 10-12 (Mittwoch keine Sprechstunde.) München, Theresienstr. 5, 10-11, 4-6, Sonnt. 10-12

Alte Zeitungen als Einwickelpapier kauft
Richard Mohr

Weiche mit
Henko
die
Wäsche
ein!
Henko, Henko's
Wasch- und Bleich-Soda:
altbewährt für Wäsche
und Hausputz.
Alleinige Hersteller:
HENKEL & CIE.,
DÜSSELDORF.

Turn-Verein
„Froher Mut“
Morgen, Mittwoch, 9 Uhr abends
Turnstunde.
Lieben mit Musik. Alles antreten!
Der Vorstand.

Rum, Arrak, Cognak
Nordhäuser Steinhäger
feinste Liköre
Rot- und Weißweine
Sekt
Richard Mohr.

Wohnungswesen.
Der Herr Minister für Volkswohlfahrt hat am 1. 8. 22 (Pr. G. S. 278) angeordnet:
1. Die Umwandlung von Wohnräumen in gewerbliche, Geschäftsz. oder Büroräume bedarf der Genehmigung der Gemeindebehörde und der Zustimmung der Kommunalauflichtsbehörde.
2. Genehmigung und Zustimmung dürfen nur dann erteilt werden, wenn der Gemeinde entsprechende, gleichwertige Wohnräume oder entsprechende Geldbeträge zur Herstellung neuer Wohnungen überwießen werden.
Spangenberg, den 29. August 1922.
Der Magistrat Schier.

Verdrängungs-, Kolonial- und Auslandschäden.
Die Feist zur Einreichung der Entschädigungsanträge nach dem Verdrängungs-, Kolonial- und Auslandschädengesetz (RGBl. 1921, Nr. 82) ist bis zum 31. Dezember 1922 verlängert worden.
Melsungen, den 28. August 1922.
Der Landrat.

Vorsicht beim Gebrauch von Kreisfägen.
Die landwirtschaftliche Bevölkerung kann nicht einbringlich und oft genug darauf hingewiesen werden, beim Gebrauch von Kreisfägen die größte Vorsicht anzuwenden. Die Unglücksfälle sind ausnahmslos schwere. Sie vermehren sich in letzter Zeit nicht allein dadurch, daß weit mehr Holz als Rohle verbraucht wird und des-

halb mehr Kreisfägen in Betriebe sind als früher, sondern in erster Linie wohl dadurch, daß die im Gebrauch befindlichen Kreisfägen nicht den polizeilichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften entsprechend gebaut sind.
Es liegt daher im eigenen Interesse der Landwirte, nur solche Kreisfägen zu kaufen, die allen Vorschriften entsprechen.

Es wird verlangt, daß beim Querschnitten von Holz ein Rolltisch (Doppeltisch) oder ein Bod (Wippe) vorhanden ist, mittels deren das Holzstück dem Sägeblatt zugeführt wird, und daß das Sägeblatt seitlich und von hinten völlig abgedeckt ist und nur soweit frei läuft, als die Stärke des Holzstückes es erfordert.

Einen Sägebock mit einer einfachen feststehenden Tischplatte beim Querschnitt anzuwenden, ist zulässig. Solche verursachen die häufigsten Unglücksfälle. Das vorzuschiebende Holzstück kann hier nur leicht auf die Tischplatte aufgelegt und muß mehr mit den Händen in einer festen Lage gehalten werden. Dabei besteht die Gefahr, daß sich das Holzstück, zumal wenn es rund oder krumm ist, beim Anlegen an die Sägezähne leicht dreht. Auf diese Weise verlor erst kürzlich ein Landwirtsohn den Daumen und Zeigefinger der rechten Hand.

Beim Längsschnitt von Holz kann allerdings kein Rolltisch oder eiserner Bod benutzt werden, sondern dazu muß die Tischplatte feststehen. Die Rolltische lassen sich zu diesem Zwecke feststellen. Als Schutz gegen Unglücksfälle muß dann ein Spaltkeil ganz dicht hinter dem Sägeblatt und eine hochstehende Haube über dem Sägeblatt angebracht sein.

Der Spaltkeil soll den Längsschnitt auseinander halten und die Haube Sägepläne und Holzsplitter auffangen. Ein Spaltkeil weit hinter dem Sägeblattzähnen verfehlt seinen Zweck, er darf auch nicht dicker sein, als die Schräglänge der Säge. Wird der Längsschnitt nicht auseinander gehalten, so zieht sich der Schnitt wieder zusammen und das Holzstück kann dem Arbeiter gegen den Kopf schlagen.

Die unter dem Tisch laufende Hälfte des Sägeblatts ist ebenfalls beiderseits zu verkleiden, damit eine Verwundung mit Fuß oder Hand ausgeschlossen ist. Kreisfägen, die nicht den Vorschriften entsprechen, müssen umgebaut werden, wenn sich der Besitzer nicht fruchtbar machen und einer Fabrikabmachung aussetzen will.

Melsungen, den 22. August 1922.
Der Sektionsvorstand.